

**Gemeinderatsausschuss  
Petitionen und BürgerInneninitiativen**

**PROTOKOLL**

**zur Sitzung am Dienstag, dem 30. Jänner 2018, um 16:00 Uhr  
MA 21 - Servicestelle Stadtentwicklung, 1. Stock, Multimediaraum 121, 1010 Wien,  
Rathausstraße 14-16**

- Vorsitz: GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Jennifer Kickert
- Gewählte Teilnehmer: VBgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou  
GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Nina Abrahamczik  
GR Stefan Berger  
GR Nemanja Damjanovic, BA  
Michael Eischer  
GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bettina Emmerling, MSc  
GR Manfred Hofbauer, MAS  
GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Birgit Jischa  
GR<sup>in</sup> Silvia Rubik  
GR Dr. Gerhard Schmid  
GR Mag. Marcus Schober  
GR<sup>in</sup> Sabine Schwarz  
GR<sup>in</sup> Lisa Frühmesser  
Dr. Gerhard Spitzer  
GR Mag. Josef Taucher  
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA  
GR<sup>in</sup> Safak Akcay  
GR Peter Kraus, BSc
- Sonstige Teilnehmer: Richard Bernato, B.A.  
Mag.<sup>a</sup> Meri Disoski  
Mag. Leopold Bubak  
Mag.<sup>a</sup> Susanne Brandstetter  
Ing.<sup>in</sup> Ivonne Litschauer, BSc  
Andreas Baur
- Entschuldigt: GR Christian Hursky  
GR Mag. Rüdiger Maresch  
GR Wolfgang Seidl
- Protokollführung: Maria Klein

**Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid**

**Post Nr. 1**

**AZ 708951-2017-GSK; 01932-2017/0001-GSK; MA 65**

HAUS BEER IN GEFAHR – Petition zur Rettung des Hauptwerks von Josef Frank

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Petition in Behandlung zu lassen, da die Machbarkeitsstudie noch nicht vorliegt.

(einstimmig angenommen)

**Berichterstatter: GR Mag. Josef Taucher**

**Post Nr. 2**

**AZ 863533-2017-GSK; 03345-2017/0001-GSK; MA 65**

Fahrradstraßen für jeden Wiener Bezirk!

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Josef Taucher:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou auszusprechen, möglichst rasch die notwendigen Schritte zur Erstellung des in der Stellungnahme in Aussicht gestellten Masterplans Fahrradstraßen zu veranlassen und eine frühzeitige Einbindung der Bezirke und BewohnerInnen sicherzustellen.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Landesgruppen des Österreichischer Automobil-, Motorrad- und Touringclub (ÖAMTC), des ARBÖ Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs und des VCÖ – Mobilität mit Zukunft einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme aller 23 BezirksvorsteherInnen einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme aller 23 Bezirksvertretungen einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Josef Taucher:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da der vorliegenden Stellungnahme ein grundsätzliches Bekenntnis zu mehr Fahrradstraßen in Wien zu entnehmen ist und zur Umsetzung ein Masterplan Fahrradstraßen erstellt wird.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

**Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Spitzer**

**Post Nr. 3**

**AZ 732678-2017-GSK; 03115-2017/0001-GSK;MA 65**

Pro Wilhelminenberg 2030

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou auszusprechen, die Beteiligung im Flächenwidmungsverfahren fortzusetzen, um sicherzustellen, dass eine bestmögliche Abstimmung der gesamtstädtischen Interessen mit jenen des Bezirks und der AnrainerInnen gefunden werden kann.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 16. Wiener Gemeindebezirk Franz Prokop auszusprechen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt auch in Zukunft die BewohnerInnen des Bezirks ausreichend und zeitgerecht über den aktuellen Stand des Projektes Gallitzinstraße 8-16 zu informieren.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GR<sup>in</sup> Sabine Schwarz im Namen von ÖVP, FPÖ und NEOS:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition, die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou zu empfehlen, die Planungen für die Bebauung des Areals Gallitzinstraße 8-16 (Teil des „Gründruckes“ für das Gebiet zwischen Erdbrustgasse, Linienzug 1-2, Gallitzinstraße, Johann Staud Straße, Linienzug 3-5, Gallitzinstraße und Linienzug 6-7 im 16. Bezirk, Kat. G., Ottakring) umgehend zu stoppen, von Grund auf neu zu starten und dabei unter einem ernsthaften Bürgereinbindungsprozess das Konzept der Bürgerinitiative „ProWilhelminenberg 2030“ zur stadtpolitischen Entwicklung eines „Grünraum-/Freiflächen-Leuchtturmprojektes („Garten Liebhartstal – die Quelle Ottakrings“) – in Absprache mit der Bezirksvertretung Ottakring und vor dem Start eines eventuellen Umwidmungsverfahrens – zu verfolgen. Diese Planungen sollen Teil der

Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für den Wilhelminenberg und den gesamten Bereich des Schutzgebietes Biosphärenpark Wienerwald und Grüngürtel sein. Außerdem sollen von den zuständigen Stellen die Erfordernisse des nachhaltigen Stadtklimas, des Natur- und Umweltschutzes, der Interessen der örtlichen Bevölkerung, der Zielsetzung für bewegtes Lernen für Kinder und Jugendliche und der Errichtung von leistbarem Wohnen in den Planungen berücksichtigt werden. Diese Anliegen sollen vor der Vorlage des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans an den Gemeinderat als Voraussetzung für eine Widmungsänderung festgelegt werden.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme vom Biosphärenpark Wienerwald Management GmbH einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Ottakring einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den vorliegenden Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass bereits im bisherigen Prozess eine Einbeziehung der BürgerInnen erfolgt ist und auch weiterhin die Bereitschaft für Gespräche mit allen am Projekt Beteiligten und Interessierten besteht.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

**Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid**

**Post Nr. 4**

**AZ 829940-2017-GSK; 03182-2017/0001-GSK; MA 65**

ORF Königlberg bzw. Plandokument 8158

Befragung des Einbringers

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou auszusprechen, eine Klärung der verkehrlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk Mag.<sup>a</sup> Silke Kobald auszusprechen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen den Dialog auf Bezirksebene für die Anbindung des ORF-Zentrums mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu unterstützen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou unter Beilage des betrieblichen MitarbeiterInnen-Mobilitätskonzept des ORF einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die gesetzlich erforderlichen Pflichtstellplätze schon jetzt am Standort bereitgestellt werden können und auch bei einem Ausbau ausreichen werden. Maßnahmen zum Ausbau und zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs werden aber jedenfalls nötig sein um den Druck des Individualverkehrs auf die anrainenden Bevölkerung möglichst gering zu halten.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Nina Abrahamczik**

**Post Nr. 5**

**AZ 885297-2017-GSK; 03664-2017/0001-GSK; MA 65**

Bürgerinitiative "Schützt den Wienerwald - STOPP der Seilbahn auf den Kahlenberg"

Befragung des Einbringers

Antrag GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Nina Abrahamczik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da in der Stellungnahme der MA 64 vom 1. August 2017 zu entnehmen ist, dass Seilbahnprojekte auf den Kahlenberg Schutzkategorien wie Landschaftsschutz, Denkmalschutz, Gewässerschutz oder Hochwasserschutz maßgeblich berühren und daher festgehalten wird, dass aus genannten Gründen der Erteilung einer Konzession nicht zugestimmt werden kann.

(einstimmig angenommen)

**Berichterstatter: GR Peter Kraus, BSc**

**Post Nr. 6**

**AZ 947273-2017-GSK; 03935-2017/0001-GSK; MA 65**

Gegen das überdimensionierte Bauvorhaben Schweizertalstrasse 39

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Hietzing einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou auszusprechen, die Flächenwidmung entsprechend zu ändern, um die Situation vor 2017 betreffend gegenständliche Liegenschaft wieder herzustellen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR<sup>in</sup> Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da kein politischer Entscheidungsrahmen mehr besteht, da der Akt wegen einer vorgebrachten Beschwerde gegen die erteilte Baubewilligung beim Verwaltungsgericht anhängig ist.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Peter Kraus, BSc

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da für alle zur Rodung beantragten Bäume, die großteils unterdrückt, krank oder am Absterben sind, eine Bewilligung vorliegt, weiters alle nach dem Wr. Garagengesetz erforderlichen PKW-Stellplätze bereitgestellt werden und sowohl die Wasserversorgung als auch die Abfallentsorgung sichergestellt ist. Darüber hinaus besteht kein politischer Entscheidungsrahmen mehr, da der Akt wegen einer vorgebrachten Beschwerde gegen die erteilte Baubewilligung beim Verwaltungsgericht anhängig ist. Abschließend sind nach Ansicht der Wiener Umweltschutzbehörde voraussichtlich keine relevanten Umweltauswirkungen zu erwarten.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Silvia Rubik**

**Post Nr. 7**

**AZ 745907-2017-GSK; 02911-2017/0001-GSK; MA 65**

Für den Erhalt der dermatologischen Ambulanz (Haut- und Wundversorgung) im Wilhelminenspital

Antrag GR<sup>in</sup> Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Gesundheit, Soziales und Frauen Sandra Frauenberger auszusprechen, verstärkt bekannt zu machen, dass auch in Zukunft am Standort Wilhelminenspital eine ambulante Versorgung von PatientInnen mit schwierigen chronischen Wunden gewährleistet sein wird.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR<sup>in</sup> Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da aus den vorliegenden Stellungnahmen hervorgeht, dass weiterhin eine bezirksnahe ambulante Wundversorgung gegeben sein wird.

(einstimmig angenommen)

**Berichterstatter: GR Mag Marcus Schober**

**Post Nr. 8**

**AZ 1057733-2017-GSK; MA 65**

Altersteilzeit für Bedienstete der Stadt Wien

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Wien/youunion einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GR<sup>in</sup> Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Petition begründet abzuschließen, da die Einbringer dieser Petition eine organisierte

Personalvertretung mit politischem Charakter ist, die durch ihre organisatorische Stellung, politische Forderungen direkt mit dem zuständigen Gremien verhandeln kann.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bettina Emmerling:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Christine Maria Petioky zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Nina Abrahamczik**

**Post Nr. 9**

**AZ 1077465-2017-GSK; MA 65**

Donaucanale für alle – Bürgerinitiative Donaukanal

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBG. 2/2013, in der Fassung von LBG. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Die amtsführende Stadträtin

Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou

Die Protokollführerin

Maria Klein

Die Vorsitzende

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Jennifer Kickert